Niederschrift

über die 16. öffentliche Sitzung der am 9. März 2014 gewählten **Gemeindevertretung** der Stadtgemeinde Oberndorf, welche am Mittwoch, dem **28. September 2016**, um 19.00 Uhr im Krankenhaus Oberndorf stattgefunden hat.

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Bürgermeister, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Fragestunde für die Gemeindeglieder
2. Beschlussfassung der Niederschrift vom 13.07.2016
3. Berichte des Bürgermeisters
4. Bericht Obfrau Überprüfungsausschuss
5. Gemeinnützige Oberndorfer Krankenhausbetriebsgesellschaft m.b.H. (GOK) - Bilanz 2015
6. Oberndorfer Catering Betriebs-GmbH (OCB) - Bilanz 2015
7. Kooperationsvereinbarung Stadtgemeinde - Tourismusverband Oberndorf
8. Neubau BORG Oberndorf - Beauftragungen
9. Neubau BORG Oberndorf - Beauftragung von Dienstleistungen
10. Einzelbewilligung zur Errichtung einer Böschungssicherung auf Liegenschaft Uferstraße 41 (Fam. Stampfer)
11. Kaufanbot GP 621/1 EZ 214 KG Oberndorf (Franz Wolf)
12. Aufträge, Anschaffungen
13. Subventionen
14. Ehrungen
15. Allfälliges

Anwesende:

Bürgermeister Peter Schröder
2. Vizebürgermeister Otto Feichtner
Stadträtin Waltraud Lafenthaler
Stadtrat Dietmar Innerkofler
Stadtrat Wolfgang Stranzinger
GV Dr. Andreas Weiß
GV Wolfgang Oberer
GV Ing. Josef Eder
GV Stefan Jäger
GV Johannes Zrust
1. Vizebürgermeisterin Sabine Mayrhofer
Stadtrat Mag.(FH) Hannes Danner
Stadträtin Caroline Glier
GV Peter Illinger
GV Tobias Pürcher
GV Christoph Thür
GV Josef Hagmüller
GV Maria Petzlberger
GV Markus Strobl

Entschuldigt abwesend:

GV Ing. Florian Moser BSc
GV Arno Wenzl
GV Anna Schick

GV Markus Doppler
Stadtrat Ing. Johann Schweiberer BEd
GV Peter Hauser

Weiters anwesend:

Mag. Thomas Mayrandl, Geschäftsführer GOK zu TOP 5. und 6.
MMag. Ewald Klösch, SOT zu TOP 5. und 6.
Dipl.-Ing. Clemens Gaberscik, SABAG zu TOP 8. und 9.
Dipl.-Ing. Dieter Müller, Bauamtsleiter
Dr. Gerhard Schäffer, Amtsleiter

Schriftführerin: Gabriele Niederstrasser

Es waren 34 Zuhörer anwesend.

Verlauf und Ergebnisse der Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Bürgermeister, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Fragestunde für die Gemeindebürger

Bürgermeister Schröder begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 19.00 Uhr. Er stellt fest, dass aufgrund der Anwesenheit von 19 Gemeindevertretungsmitgliedern die Beschlussfähigkeit des Gremiums gegeben ist. Die Tagesordnung wurde zeitgerecht und ordnungsgemäß zusammen mit der Einberufung zu dieser Sitzung zugestellt. Es bestehen dagegen keine Einwände.

Da seitens der anwesenden Zuhörer keine Fragen zur Tagesordnung bestehen, entfällt die Bürgerfragestunde.

2. Beschlussfassung der Niederschrift vom 13.07.2016

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, das Protokoll der Gemeindevertretungssitzung vom 13. Juli 2016 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (19 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

3. Berichte des Bürgermeisters

Keine – entfällt!

4. Bericht Obfrau Überprüfungsausschuss

Überprüfungsausschuss-Obfrau Petzlberger berichtet, dass am 22. September 2016 eine Überprüfungsausschuss-Sitzung stattgefunden hat. Die Bilanzen 2015 der GOK und der OCB wurden von den Herren MMag. Klösch und Mag. Mayrandl ausführlich erklärt. Sie wurden einstimmig der Gemeindevertretung zur Beschlussfassung empfohlen.

Weiters hat eine Kassaprüfung der Stadtgemeinde Oberndorf, der VWG Seniorenwohnhäuser Oberndorf-Bürmoos und der Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG stattgefunden. Die Kontrolle hat die absolute Übereinstimmung des Kassabestandes mit dem tatsächlichen Geldbestand ergeben.

Wird von der Gemeindevertretung zustimmend zur Kenntnis genommen.

5. Gemeinnützige Oberndorfer Krankenhausbetriebsgesellschaft m.b.H. (GOK) **- Bilanz 2015**

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Gemäß § 10 in Verbindung mit § 8 Abs. 7 lit. f des Gesellschaftsvertrages der Gemeinnützigen Oberndorfer Krankenhausbetriebsgesellschaft m.b.H. (GOK) ist der Jahresabschluss der GOK durch die Generalversammlung der Gesellschaft zu beschließen. Gesellschafter der GOK sind mit 51 % die Stadtgemeinde Oberndorf und mit 49 % die VAMED Management & Service GmbH & Co KG (VMS). Im Rahmen der Gemeindevertretungssitzung sind dazu die notwendigen Beschlüsse zu fassen. Herr Mag. Thomas Mayrandl wird seitens der GOK im Rahmen der Gemeindevertretungssitzung die Bilanz 2015 vorstellen.

Weiters wurde dem Überprüfungsausschuss in der Sitzung am 22.09.2016 gemäß § 54 Abs. 1 Sbg. GdO 1994 die Bilanz der GOK durch die Geschäftsführung präsentiert.

Laut Rahmenvereinbarung zwischen der Stadtgemeinde Oberndorf und der VMS erfolgt die Gesamtfinanzierung des PPP-Modelles durch die VMS. Die VMS hat in der Rahmenvereinbarung die Kosten- und Termingarantie, die Garantie für die Erfüllung des Versorgungsauftrages, die Betriebs- und Qualitätsgarantie sowie die Ergebnisgarantie übernommen.

Durch die SOT Süd-Ost-Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Salzburg wurde die Abschlussprüfung für das Geschäftsjahr 2015 durchgeführt und zur Beschlussfassung empfohlen.

Durch die Gemeindevertretung als Gesellschafter sind folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der diesem Beschluss als Beilage ./I angeschlossene Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2015 wird genehmigt.
2. Der Bilanzverlust per 31.12.2015 in der Höhe von € 10.200.182,61 wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Der Geschäftsführung wird für das Geschäftsjahr 2015 die Entlastung erteilt.
4. Zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2016 wird die SOT Süd-Ost Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Salzburg, bestellt.“

Bürgermeister Schröder bemerkt dazu, dass die Krankenhausfinanzierung immer schwieriger wird. Der zusätzliche Rechtsträgeranteil ist nach wie vor rückläufig, dies wird auch im kommenden Jahr so bleiben. Der Partner VAMED hat einen erheblichen finanziellen Aufwand zu tragen, die Finanzierung ist nicht einfach.

MMag. Klösch berichtet, dass der Überprüfungsausschuss sich mit den Zahlen beschäftigt habe und stellt kurz wie folgt dar: Die GOK ist eine mittelgroße Gesellschaft. Für die SOT war zu prüfen, ob der Jahresabschluss richtig und die Situation der Gesellschaft korrekt dargestellt wurde. Das Rechnungswesen wird von der zuständigen Sachbearbeiterin sauber und gut geführt. Es kann bestätigt werden, dass der Jahresabschluss in Ordnung und der Fortbestand der Gesellschaft aus heutiger Sicht gesichert ist. Die Verlustsumme von rund € 2 Mio. hat sich eingependelt, die Gründe für die Höhe dieses Betrages verschieben sich im Laufe der Zeit. Das Problem liegt darin, dass mehr geleistet wird. Umso schwieriger ist es, die Finanzierung zu halten. Laut Vertrag sind auftretende Verluste von der VAMED zu decken und es ist sinnvoll, die Zusammenarbeit so weiterzuführen.

Als Wirtschaftsprüfer stelle ich fest: Die Gesellschaft ist sicher aufgestellt und arbeitet gut. Die Mitarbeiterzahlen steigen von Jahr zu Jahr. Wir verzeichnen steigende Umsätze, es gibt keine wesentlichen Änderungen. Dies alles betrifft jedoch die Stadtgemeinde Oberndorf nicht. Das wirtschaftliche Eigenkapital ist positiv. Es fließen über 20 Mio. Euro an Zuschüssen.

GF Mag. Mayrandl: Die GOK ist und wird auch weiterhin ein wesentlicher Partner in der Versorgung der Bevölkerung sein. Wir verzeichnen eine Frequenzzahl von 60.000 in der Ambulanz. Die Abgangsdeckung wird vom Land laufend reduziert, was die VAMED natürlich trifft. Im Gegenzug wurde das SAGES-Gesetz heuer neu aufgestellt, was Oberndorf wieder zugute kommt, denn wir werden heuer um 2 Mio. Euro mehr bekommen. Wir werden in Zusammenarbeit mit der Stadtgemeinde weiter versuchen, mit dem Land eine möglichst gute Lösung zu finden.

Stadtrat Mag.(GH) Danner: Ich bin seit 25 Jahren in diesem Gremium mit dem Krankenhaus Oberndorf beschäftigt. Der Abgangsdeckungsbedarf der VAMED steigt jährlich und wir befürchten, dass sie eines Tages die Kooperation nicht mehr möchte. Das Haus arbeitet ausgezeichnet und es ist eine wichtige Gesundheitseinrichtung. Im Unterschied zu den 1990er Jahren sind wir jetzt das einzige übrig gebliebene Gemeindespital. Wir werden dem Jahresabschluss unsere Zustimmung erteilen, doch wir machen uns große Sorgen um die Zukunft.

GF Mag. Mayrandl: Wir haben einen Vertrag, der auf Langfristigkeit ausgelegt ist, auch wenn das in den Medien anders dargestellt wird. Wir sehen Oberndorf als Partner und haben hier auch die Reha errichtet. Ich teile diese Sichtweise nicht, dass wir den Vertrag eines Tages nicht erfüllen oder uns zurückziehen werden. Die neue SAGES-Finanzierung stärkt uns daher auch. Natürlich nimmt die reduzierte Betriebsabgangsdeckung wieder etwas weg, doch wir hoffen, dass wir zukünftig wieder in Richtung 72 % gehen werden.

Stadtrat Innerkofler: Wird Oberndorf vom Land benachteiligt oder gibt es Interesse, Oberndorf kaputt zu sparen? Wenn es die VAMED nicht gäbe, gäbe es wahrscheinlich das Krankenhaus Oberndorf nicht mehr.

Bürgermeister: Von ursprünglich 5 Gemeindespitalern (Hallein, Mittersill, Zell am See, Tamsweg, Oberndorf) bleibt nur noch Oberndorf übrig, denn Tamsweg und Mittersill sind bereits übernommen, Hallein und Zell am See befinden sich in Kooperation mit den SALK und werden vermutlich 2018 übernommen (Mittersill und Zell am See – Tauernkliniken). Der Vorsitzende bzw. Sprecher der 5 Gemeindespitäler war früher der damalige Bürgermeister von Hallein und jetzige LH-Stv. Dr. Stöckl. Ich habe ein Papier aus dem Jahr 2012 vorliegen mit dem Inhalt, sollte die Situation für die Gemeindespitäler schwieriger werden, werden wir eine Betriebsabgangsdeckung von 92 % ansteuern. In der politischen Landschaft hat sich seither jedoch viel geändert. In seiner damaligen Funktion als Bürgermeister hat er diese Forderung der 92%-Abdeckung noch unterschrieben, als Landeshauptmann-Stellvertreter sagte er zu mir, „er sitze jetzt auf einem anderen Sessel und betrachte das von einer anderen Warte aus“. Die heutige Situation ist daher: Wir werden demnächst das einzige verbleibende Gemeindekrankenhaus sein. Es wurde auch schon behauptet, dass der Vertrag mit der VAMED 2018 endet. Das stimmt nicht. Der Vertrag ist auf 30 Jahre ausgelegt. Erst ab 2021 wäre theoretisch ein schrittweiser Ausstieg beider Vertragspartner möglich.

Wären wir die Kooperation mit VAMED nicht eingegangen, sähe es jetzt anders aus. Den zusätzlichen Rechtsträgeranteil trägt nämlich die VAMED, weshalb es möglich war, freien Budgetraum zu schaffen, mit dem wir in unserer Stadt andere notwendige Investitionen tätigen konnten. Wäre also die VAMED nicht, gäbe es dieses Krankenhaus in der Form nicht. Vor kurzem gab es eine Besprechung mit LH-Stv. Stöckl, der auch der Meinung war, der Vertrag würde 2018 enden. Ich habe ihn entsprechend informiert. Eine von ihm angestrebte Partnerschaft von Oberndorf mit der VAMED und dem Land hat er verneint. Das Oberndorfer Krankenhaus lief immer gut, doch 1996 war der Zeitpunkt gekommen, wo man genau wusste, dass die neue Krankenhausfinanzierung des Landes sich ab 2003 für die Gemeinden nicht mehr ausgehen und zu einer nicht mehr tragbaren Belastung werden würde.

Trotzdem müssen die Finanzierungsgespräche mit dem Land weiterlaufen, denn es gibt derzeit eine Ungleichbehandlung der Spitäler. Die VAMED ist zwar ein börsenorientiertes Un-

ternehmen, jedoch ein Partner für viele Einrichtungen im Gesundheits- und Wellness-Bereich im Land Salzburg.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Bürgermeister Schröder den **Antrag, Folgendes zu beschließen:**

- 1. Der diesem Beschluss als Beilage ./I angeschlossene Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2015 wird genehmigt.**
- 2. Der Bilanzverlust per 31.12.2015 in der Höhe von € 10.200.182,61 wird auf neue Rechnung vorgetragen.**
- 3. Der Geschäftsführung wird für das Geschäftsjahr 2015 die Entlastung erteilt.**
- 4. Zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2016 wird die SOT Süd-Ost Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Salzburg, bestellt.**

Offene Abstimmung (19 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

6. Oberndorfer Catering Betriebs-GmbH (OCB) - Bilanz 2015

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Gemäß § 9 in Verbindung mit § 7 Abs. 7 lit. f des Gesellschaftsvertrages der Oberndorfer Catering Betriebs-GmbH ist der Jahresabschluss der OCB durch die Generalversammlung der Gesellschaft zu beschließen. Gesellschafter der OCB sind mit 51 % die Stadtgemeinde Oberndorf und mit 49% die VAMED Management & Service GmbH & Co KG (VMS). Im Rahmen der Gemeindevertretungssitzung sind dazu die notwendigen Beschlüsse zu fassen. Herr Mag. Thomas Mayrandl wird im Rahmen der Gemeindevertretungssitzung die Bilanz 2015 vorstellen.

Weiters wurde dem Überprüfungsausschuss in der Sitzung am 22.09.2016 gemäß § 54 Abs. 1 Sbg. GdO 1994 die Bilanz der OCB präsentiert.

Gemäß Vereinbarung vom 28.08.2014 in Verbindung mit der Rahmenvereinbarung vom 01.08.2008 zwischen der Stadtgemeinde Oberndorf und der VMS erfolgt die Gesamtfinanzierung des PPP-Modells durch die VMS. Die VMS hat in der Rahmenvereinbarung die Kosten- und Termingarantie, die Garantie für die Erfüllung des Versorgungsauftrages, die Betriebs- und Qualitätsgarantie sowie die Ergebnisgarantie übernommen.

Durch die SOT Süd-Ost-Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Salzburg wurde die Abschlussprüfung für das Geschäftsjahr 2015 durchgeführt und zur Beschlussfassung empfohlen.

Durch die Gemeindevertretung als Gesellschafter sind folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der diesem Beschluss als Beilage ./I angeschlossene Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2015 wird genehmigt.
2. Der Bilanzverlust per 31.12.2015 in der Höhe von EUR 196.390,34 wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Der Geschäftsführung wird für das Geschäftsjahr 2015 die Entlastung erteilt.
4. Zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2016 wird die SOT Süd-Ost Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Salzburg, bestellt.“

Bürgermeister Schröder hält fest: Die OCB befindet sich im zweiten Betriebsjahr. Die Ausgliederung der Küche aus der GOK ist aus steuerlichen Gründen erfolgt. Er ersucht MMag. Klösch um seinen Bericht.

MMag. Klösch bestätigt auch hier vorbildliches Rechnungswesen. Die OCB wurde aus der GOK als eigene Gesellschaft herausgenommen, es gelten jedoch für beide die gleichen Regelungen.

Die ersten Jahre ist immer mit mehr Abgang zu rechnen, doch die OCB entwickelt sich positiv und die Abgrenzung zur GOK hat Sinn gemacht. Es gibt entsprechende Verträge. Das 2015 erwirtschaftete Ergebnis zeigt ein sauberes Bild. Die Gesellschaft kann keine massiven Verluste machen, jedoch auch keine großen Gewinne. Preis- und Geschäftspolitik schaffen ein ausgeglichenes Ergebnis. Es gibt kein großes Anlagevermögen. Die OCB beschäftigt 32 Mitarbeiter, die Leistungen, die erbracht werden, haben sich gut entwickelt.

GF Mag. Mayrandl ergänzt: Die OCB ist ein wichtiger Partner für Kindergärten, Schulen, die Verwaltungsgemeinschaft der Seniorenwohnhäuser Oberndorf-Bürmoos und „Essen auf Rädern“. Wie schon erwähnt wurde, hat die Ausgliederung einen steuerlichen Hintergrund. Schon heuer werden wir in den schwarzen Zahlen sein. Die Entwicklung ist erfreulich.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, Folgendes zu beschließen:**

- 1. Der diesem Beschluss als Beilage ./I angeschlossene Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2015 wird genehmigt.**
- 2. Der Bilanzverlust per 31.12.2015 in der Höhe von EUR 196.390,34 wird auf neue Rechnung vorgetragen.**
- 3. Der Geschäftsführung wird für das Geschäftsjahr 2015 die Entlastung erteilt.**
- 4. Zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2016 wird die SOT Süd-Ost Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Salzburg, bestellt.**

Offene Abstimmung (19 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

7. Kooperationsvereinbarung Stadtgemeinde - Tourismusverband Oberndorf

Folgender Amtsbericht liegt vor und wird von Bürgermeister Schröder erläutert:

„Im Kulturausschuss vom 23.06.2016 wurde die Neuregelung der Zusammenarbeit zwischen Stadtgemeinde Oberndorf und dem Tourismusverband Oberndorf aufgrund der Neuausrichtung der Infrastruktur und des Angebotes im Stille-Nacht-Bezirk behandelt. Wie bekannt, schließt das Heimatmuseum mit 24.09.2016 seinen Betrieb. Das neue Stille-Nacht-Museum im Alten Pfarrhof wird im November 2016 seinen Betrieb aufnehmen. Damit verbunden ist auch die Einstellung des Betriebes des Museumsshops durch den Tourismusverband im Bruckmannhaus. Der Verkaufsshop und das Museum im Alten Pfarrhof werden nunmehr durch die Stadtgemeinde Oberndorf betrieben. Der Tourismusverband wird seinen Schwerpunkt auf den Marketingbereich verlegen.

Es wurde die Neuregelung der Zusammenarbeit im Stille-Nacht-Bezirk in vier Themenbereiche gegliedert.

Verträge und Vereinbarungen zwischen der Stadtgemeinde und dem Tourismusverband

- **Bruckmannhaus**

Mit Vertrag vom 19.12.2014 hat die Stadtgemeinde dem TVB die immerwährende Dienstbarkeit des Fruchtgenusses am im Obergeschoss des Hauses 5110 Oberndorf, Stille Nacht-Platz 7, gelegenen Büro im Ausmaß von ca. 40,84 m² und an der im gleichen Dienstbarkeitsgegenstand im Dachgeschoss gelegenen Lagerfläche im Ausmaß von ca. 53,20 m² eingeräumt.

Die Zugänge zum Dienstbarkeitsgegenstand, das Treppenhaus und die vorhandenen Sanitäräumlichkeiten werden von den Vertragsparteien gemeinsam genutzt.

Aufgrund des gegenständlich vereinbarten Fruchtgenussrechtes ist der TVB berechtigt, die dienstbarkeitsgegenständlichen Räumlichkeiten unter Schonung der Substanz zu nutzen. Der TVB ist auch berechtigt, die Dienstbarkeit Dritten zur Ausübung zu überlassen. Das Fruchtgenussrecht berechtigt diesen sohin auch, die dienstbarkeitsgegenständlichen Räumlichkeiten zu vermieten. Das Fruchtgenussrecht erlischt mit einer allfälligen Auflösung des TVB bzw. mit einer Einstellung der aktiven Tätigkeit als Tourismusverband. Im Falle der Vermietung an Dritte ist der TVB verpflichtet, der Stadtgemeinde den künftigen Mieter und die wesentlichen Konditionen der Vermietung (Dauer, Mietzins etc.) schriftlich zur Kenntnis zu bringen. Die Stadtgemeinde ist berechtigt, binnen 30 Tagen ab Erhalt dieser Mitteilung dem TVB die Vermietung zu untersagen. Dessenfalls hat die Vermietung an den namhaft gemachten Dritten zu unterbleiben, ohne dass dem TVB irgendwelche Ansprüche gegenüber der Stadtgemeinde zustünden. Die Stadtgemeinde kann von ihrem Untersagungsrecht insbesondere dann Gebrauch machen, wenn der Mieter nicht die Förderung der Oberndorfer Wirtschaft oder des Oberndorfer Tourismus bezweckt.

Die Erhaltung im Inneren des Dienstbarkeitsgegenstandes (Einrichtung, Bodenbelag, Malerei, Sanitärgegenstände, Armaturen, Lichtschalter und Steckdosen ohne Stromleitungen etc.) obliegt ausschließlich dem TVB. Bei gemeinsam genutzten Räumlichkeiten werden die Erhaltungskosten im Verhältnis 50:50 aufgeteilt.

Im Hinblick auf Erhaltungsmaßnahmen und Reparaturen der Gebäudehülle (Fassade, Dach, Fenster, gesamtes Mauerwerk inkl. Innenwände, Estrich etc.) mitsamt der Heizungsanlage, Stromanlage, Wasseranlage (ohne Armaturen) vereinbaren die Vertragsparteien, dass diese Kosten ausschließlich von der Stadtgemeinde getragen werden.

Alle Betriebskosten (zur Definition vgl. §§ 21 ff. MRG) den Dienstbarkeitsgegenstand betreffend trägt der TVB. Dies gilt auch für die Kosten der Versorgung mit Strom, Telefon, Internet etc. Der TVB wird, soweit dies möglich ist, direkt Verträge mit den versorgenden Unternehmen abschließen.

Im Übrigen werden die Betriebskosten verbrauchsbezogen abgerechnet. Bei den gemeinsam genutzten Räumlichkeiten werden die Kosten im Verhältnis 50:50 aufgeteilt. Sofern eine Verbrauchsermittlung nicht erfolgt (z. B. fehlende Zählerinrichtungen; Kosten, die die gesamte Liegenschaft betreffen), werden die Kosten nach dem Verhältnis der Nutzflächen zwischen dem TVB und der Stadtgemeinde aufgeteilt. Die Abrechnung der Betriebskosten erfolgt durch die Stadtgemeinde jährlich zum Ende eines jeden Kalenderjahres. Sie ist berechtigt, monatlich Akontovorschreibungen zu tätigen.

- **Wasserturm**

Die Stadtgemeinde hat mit Vereinbarung vom 19.12.2014 dem Tourismusverband die Räumlichkeiten im Wasserturm bis zur Fertigstellung der Büroräumlichkeiten im Bruckmannhaus (siehe Vereinbarung vom 19.12.2014) mietfrei zur Verfügung gestellt. Die Betriebskosten während dieser Zeit hat der Tourismusverband zu tragen.

- **Mietvertrag „Altes Zollhaus“**

Die Stadtgemeinde Oberndorf hat dem Tourismusverband mit Nutzungsvereinbarung vom 05.04.2007 das „Alte Zollhaus“ an der Länderbrücke mit einem Kündigungsverzicht auf 15 Jahre vermietet. Als Mietvorauszahlung wurde ein Betrag in der Höhe von € 13.800.- durch den Tourismusverband für 15 Jahre geleistet. Ab dem 16. Jahr der Vereinbarung wurde für den monatlichen Mietzins von € 77.- excl. USt eine Indexierung nach dem VPI Basis April 2007 vereinbart. Die Kündigungsfrist beträgt 12 Monate jeweils zum Ende eines Kalenderjahres.

- **Parkplatz Mairoll – Vereinbarung über finanziellen Zuschuss**

Die Stadtgemeinde Oberndorf hat mit Daniel und Alexandra Heidenreich einen Dienstbarkeitsvertrag über die Nutzung des zur Diskothek gehörenden Parkplatzes für Omnibusse und Kleinbusse für Besucher des Stille-Nacht-Bezirkes mit 15.01.2015 auf die Dauer von 30 Jahren abgeschlossen. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte der Tourismusverband eine Vereinbarung mit dem Ehepaar Heidenreich bzw. Mairoll. Mit Schreiben vom 07.09.2015 hat der Tourismusverband die Beibehaltung der finanziellen Beteiligung seitens des Verbandes für den Mietaufwand in der Höhe von € 10.800.- bestätigt.

Stille-Nacht-Museumsbezirk

Grundsätzlich wird festgehalten, dass die Stadtgemeinde Oberndorf Eigentümerin aller angeführten Gebäude, Wege und Plätze ist.

- **Stille-Nacht-Kapelle**

Der Tourismusverband hat das Recht, auf seine Kosten und auf sein Risiko nach Rücksprache mit der Stadtgemeinde, Opferlichter in der Kapelle zu verkaufen. Als Gegenleistung übernimmt der Tourismusverband die Kosten für das Ausmalen der Kapelle. Die Beauftragung erfolgt durch die Stadtgemeinde.

- **Stille-Nacht-Museum**

Museums- und Shopbetreiber: Stadtgemeinde Oberndorf

- **Stille-Nacht-Platz, Stille-Nacht-Museum und Stille-Nacht-Kapelle**

Führungen und Arrangements können durch den Tourismusverband in Absprache mit

der Stadtgemeinde angeboten werden. Dazu ist eine eigene Vereinbarung über Nutzungsmöglichkeiten der Kapelle außerhalb des Bedarfes der Stadtgemeinde (z. B. für Trauungen) für die Verrechnungsmodalitäten, für die Arrangements Museum und Führungen etc. abzuschließen.

- **WC-Anlage**

Die Toilettenanlagen befinden sich in der Zuständigkeit der Stadtgemeinde. Eine Nutzung der Anlagen durch den Tourismusverband bei Veranstaltungen etc. ist zu regeln (Kostenbeteiligung, zusätzliche Reinigung oder Sichtkontrolle z. B. bei Weihnachtsmarkt etc.) bzw. ist in die jeweilige Veranstaltungsgenehmigung aufzunehmen.

- **Wasserturm**

Siehe Verträge und Vereinbarungen.

- **Bruckmannhaus**

Siehe Verträge und Vereinbarungen.

- **Weihnachtsmarkt am Stille-Nacht-Platz**

Zur Durchführung des Weihnachtsmarktes als Gelegenheitsmarkt gem. Gewerbeordnung ist durch den Tourismusverband jährlich bis spätestens 30.09. ein Ansuchen zu stellen. Dazu ist auf Grund der Neugestaltung des Stille-Nacht-Museumsbezirkes in Hinblick auf das Jahr 2018 durch den Tourismusverband ein Konzept in Bezug auf Ansicht, Ablauf, Umfang etc. des Weihnachtsmarktes der Stadtgemeinde zu erstellen. Diese Planungsunterlagen haben neben den notwendigen Grunddaten (Ansicht der Verkaufsstände, Aufstellung der Verkaufsstände, genutzte Flächen (Straßen, Wegen, Plätze), zeitlicher Ablauf des Marktes, angebotene Warengruppen etc.) auch Daten über die notwendige technische Infrastruktur (Stromanschlüsse, Ver- und Entsorgung usw.) zu enthalten.

- **Stille-Nacht-Feier am 24.12.**

Die Organisation der jährlichen Stille-Nacht-Feier am 24.12. liegt wie bisher bei der Stadtgemeinde. Der Tourismusverband wirkt unterstützend und beteiligt sich an den Kosten.

Zu den Feierlichkeiten **im Jahre 2018** im Rahmen von „200 Jahre Stille Nacht, Heilige Nacht“ wird festgehalten, dass diese Feierlichkeiten von der Stadtgemeinde organisiert und getragen werden. Der Tourismusverband wirkt unterstützend.

- **Auslage Frau Eder**

Die Auslagen sollten in Zukunft gemeinsam durch die Stadtgemeinde und den Tourismusverband für die Bewerbung von „Stille Nacht“ angemietet werden. Kostenteilung zu je 50% Stadtgemeinde und Tourismusverband.

Sonstige Kooperationen

- **Weihnachtsbeleuchtung**

Der Antrag ist wie bisher durch den Tourismusverband bei den entsprechenden Stellen (BH und Stadtgemeinde) zu stellen. Die Abwicklung erfolgt nach Rücksprache mit der Stadtgemeinde durch den Tourismusverband. Die Kostenteilung für den laufenden Betrieb erfolgt zu je 50% durch die Stadtgemeinde und den Tourismusverband. Neuanschaffungen sind nur in Abstimmung bzw. mit Zustimmung der beiden Partner Stadtgemeinde und Tourismusverband möglich.

- **Ortsfolder**

Die gemeinsame Bewerbung erfolgt mit einer Kostenteilung je 50% Stadtgemeinde

und Tourismusverband. Die Druckvorlagen sind der Stadtgemeinde zur Freigabe vorzulegen. Ziel ist ein gemeinsamer Ortsfolder.

- **Sonnwend an der Salzach**

Die Organisation und Durchführung der zweijährigen Veranstaltung erfolgt auf Antragstellung durch den Tourismusverband. Die Abrechnung der Veranstaltung erfolgt zu je 50% Stadtgemeinde und Tourismusverband (Gewinn und Verlust).

- **Sonstige Veranstaltungen, Kooperationen und Werbemaßnahmen**

Für sonstige zukünftige gemeinsame Veranstaltungen ist bezüglich der Kostenteilung das Einvernehmen mit dem jeweiligen Partner herzustellen.

Bewerbung und Öffentlichkeitsarbeit

Der Tourismusverband ist Kooperationspartner der Stadtgemeinde und erhält die Möglichkeit, deren Einrichtungen und touristische Angebote mit zu bewerben. Die Bewerbung der städtischen Einrichtungen und Angebote sind mit der Stadtgemeinde vor Veröffentlichung abzuklären bzw. durch diese freizugeben.

Die Kooperation mit der SalzburgerLand Tourismus GmbH, der Salzburger Seenland Tourismus GmbH, der ARGE Stille Nacht Land Salzburg usw. ist Aufgabe des Tourismusverbandes. Die dazu notwendigen Kooperationsvereinbarungen wurden durch den Tourismusverband abgeschlossen. Die Inhalte dieser Vereinbarungen sind der Stadtgemeinde nicht bekannt.

Veranstaltungen des Tourismusverbandes

Der Tourismusverband erhält auf Basis eines Ansuchens bei der Stadtgemeinde Oberndorf städtische Einrichtungen wie z. B. die Stadthalle, die Aula der Hauptschule, Plätze und Wege im Stille-Nacht-Museumsbezirk kostenlos für Eigenveranstaltungen des Tourismusverbandes zur Verfügung gestellt. **Sollte der Tourismusverband in Zusammenarbeit mit einem externen Partner Veranstaltungen durchführen, werden für diese Art der Veranstaltungen die anfallenden Kosten inkl. der dazu notwendigen Auf- und Umbauarbeiten in vollem Umfang verrechnet.**

Festgehalten wird, dass alleine die Bereitstellung der Stadthalle für seine Veranstaltungen (z. B. Neujahrskonzert) mit Stand Mai 2016 Kosten von € 2.047,50 für den Tourismusverband bedeuten würde.

Zuschuss der Stadtgemeinde

Mit der Schließung des Verkaufslokales im Bruckmannhaus durch den Tourismusverband und die Übersiedelung des Museums in den Alten Pfarrhof werden die bisherigen finanziellen Zuschüsse der Stadtgemeinde für die Personalkosten eingestellt, da ab diesem Zeitpunkt der Betrieb des Museums und der neuen WC-Anlage in die Zuständigkeit der Stadtgemeinde übergeht.

Nach der Kulturausschusssitzung fand am 12.07.2016 eine Besprechung mit den Vertretern des Tourismusverbandes statt, in der o. a. Passus, welcher fett markiert ist, geändert wurde. Weiters wurde nach einer Besichtigung des Bruckmannhauses am 22.08.2016 mit Frau Caroline Glier dahingehend das Einvernehmen hergestellt, dass entgegen dem Vertrag vom 19.12.2014 betreffend der Lagerflächen im Dachgeschoss des Bruckmannhauses der Tourismusverband auf seine Lagerräume im Dachgeschoss verzichtet und dafür Lagermöglichkeiten im Keller des Bruckmannhauses erhält. Dazu ist ein Sideletter zum Vertrag vom 19.12.2014 zu erstellen.“

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, den Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadtgemeinde Oberndorf und dem Tourismusverband Oberndorf mit den vorliegenden Inhalten zu beschließen.**

Offene Abstimmung (19 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

8. Neubau BORG Oberndorf - Beauftragung von ausführenden Gewerken

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Für nachfolgende Gewerke wurden gemäß BVergG 2006 Angebote eingeholt. Die Vergabevorschläge lauten auf:

- 1.) **Baumeisterarbeiten** an die **Tiefenthaler – Schichtle Hoch- und Tiefbau GmbH**, 5110 Oberndorf, mit einer Vergabesumme von **netto € 2.243.203,12**
- 2.) **Dachdecker / Spengler** an die **Bedachungs Gesellschaft m.b.H.**, 5023 Salzburg, mit einer Vergabesumme von **netto € 309.612,46**
- 3.) **Estricharbeiten** an die **Raumausstattung Wiesinger GmbH**, 4070 Eferding, mit einer Vergabesumme von **netto € 157.984,70**
- 4.) **Fassade und Sonnenschutz** an die **Ferroglass Glasbautechnik GmbH**, 4063 Horsching, mit einer Vergabesumme von **netto € 730.582,00**
- 5.) **Trockenbau** an die **Haydn & Oberneder GmbH & CoKG**, D-94121 Salzweg, mit einer Vergabesumme von **netto € 265.944,10**
- 6.) **Wärmedämmverbundsystem** an die **BaYa Bau & Fenster GmbH**, 5020 Salzburg, mit einer Vergabesumme von **netto € 125.010,51**
- 7.) **Heizung / Sanitär** an die **Schwaiger GmbH**, 5600 St. Johann i.P., mit einer Vergabesumme von **netto € 347.882,26**
- 8.) **Lüftung** an die **GPU Riedl Lüftungstechnik GesmbH**, 5071 Wals-Siezenheim, mit einer Vergabesumme von **netto € 253.820,00**
- 9.) **Mess-, Steuer- und Regeltechnik** an die **Honeywell Austria GmbH**, 5300 Hallwang, mit einer Vergabesumme von **netto € 34.853,32**
- 10.) **Elektrotechnik** an die **Ing. Viktor Sachs GesmbH**, 5023 Salzburg, mit einer Vergabesumme von **netto € 681.173,45**

Die Beauftragungen erfolgen durch die Stadtgemeinde Oberndorf.“

Bürgermeister Schröder ergänzt: Es erfolgte eine ordnungsgemäße EU-weite Ausschreibung, die Bonität aller Firmen wurde kontrolliert. Es wurde nicht nur auf den Preis sondern auch auf andere Qualitätskriterien geachtet. Gegenüber den Schätzkosten hat sich eine Preisreduktion von 1,2 Mio. Euro ergeben. Wir haben dies dem Bund mitgeteilt, es wurde erfreut zur Kenntnis genommen. Die gesamte Vergabesumme für den BORG-Neubau beläuft sich auf 5,151.000,-- Euro.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die vorstehenden Beauftragungen gemäß den vorliegenden Vergabevorschlägen zu beschließen.**

Offene Abstimmung (19 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

9. Neubau BORG Oberndorf - Beauftragung von Dienstleistungen

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Für nachfolgende Dienstleistungen wurden gemäß BVergG 2006 Angebote eingeholt. Die Vergabevorschläge lauten auf:

- 1.) **Auditorenleistung Zertifizierung (Teile 1)** an die **FH Salzburg Fachhochschulgesellschaft mbH**, 5020 Salzburg, mit einer Vergabesumme von **netto € 11.800,-**
- 2.) **Auditorenleistung Zertifizierung (Teile 2)** an die **Daxner & Merl GmbH**, 1070 Wien, mit einer Vergabesumme von **netto € 24.850,-**

Die Beauftragungen erfolgen durch die Stadtgemeinde Oberndorf.“

Der Bürgermeister berichtet, dass die Zertifizierung von der Österreichischen Gesellschaft für nachhaltige Immobilienwirtschaft durchgeführt wird. Es werden dabei verschiedene Kriterien, wie z. B. die Ökologie, die ökonomische, die soziokulturelle, die funktionale, die technische Qualität und andere mehr betrachtet. Die heute zu beschließenden Dienstleistungen dienen der Vor- und Aufbereitung für die eigentliche Zertifizierung. Der Pre-Check hat ergeben, dass ein Gold-Status mit der jetzigen Planung möglich ist. Vielleicht kann auch der Platin-Status erreicht werden, wenn in dem einen oder anderen Bereich noch optimiert wird. Das BORG wäre damit die erste Schule in Salzburg, welche eine solche Zertifizierung erhalten würde.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die vorstehenden Beauftragungen gemäß den vorliegenden Vergabevorschlägen zu beschließen.**

Offene Abstimmung (19 GV anwesend): Werden einstimmig beschlossen.

10. Einzelbewilligung zur Errichtung einer Böschungssicherung auf Liegenschaft Uferstraße 41 (Fam. Stampfer)

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Die Wirkungen des Flächenwidmungsplanes können für ein genau zu bezeichnendes Vorhaben auf Ansuchen des Grundeigentümers durch Bescheid ausgeschlossen und ein genau bezeichnetes Vorhaben raumordnungsmäßig bewilligt werden, wenn dieses dem Räumlichen Entwicklungskonzept bzw. der erkennbaren grundsätzlichen Planungsabsicht nicht entgegen steht. Die Verfahrensschritte werden durch § 46 ROG 2009 bestimmt.

Verfahrensschritte:

Ansuchen des Grundeigentümers wurde eingebracht am:	26.07.2016
Das Ansuchen wurde 4 Wochen lang ortsüblich kundgemacht:	08.08.2016 bis 12.09.2016
Das Raumordnungsgutachten wurde erstellt am: Gutachten über die Eignung des Grundstückes zur Bebauung: Umwelttechnisches Gutachten: Unterlagen über die Vereinbarkeit mit öffentlichen Interessen: Schalltechnisches Gutachten liegt vor:	13.09.2016 Nicht erforderlich Nicht erforderlich Nicht erforderlich Nicht erforderlich
Die Stellungnahmen der Anrainer liegen vor:	ja
Unterlagen darüber, dass die Aufschließung des betreffenden Grundstückes durch Wasserversorgung, Energieversorgung sowie durch einen funktionsgerechten Anschluss an die bestehenden Verkehrsflächen sowie die Abwasserbeseitigung sichergestellt ist, liegen vor:	Nicht erforderlich Nicht erforderlich Nicht erforderlich Nicht erforderlich
Stellungnahmen zur Kundmachung wurden eingebracht:	Keine eingegangen

Die vorbereitenden Verfahrensschritte wurden ordnungsgemäß durchgeführt.

Zur Stellungnahme des Landes Salzburg als Anrainer betreffend der Einhaltung der Auflagen aus der naturschutzrechtlichen Bewilligung kann festgestellt werden, dass die Einhaltung der Auflagepunkte aus dem naturschutzrechtlichen Bescheid in das Baubewilligungsverfahren aufgenommen wird.

Betreffend die Stellungnahme der Bundeswasserbauverwaltung als Anrainer kann festgestellt werden, dass die Abstimmung mit der Schutzwasserwirtschaft im Vorfeld zur Einreichung durch den Projektanten erfolgt ist und die Bundeswasserbauverwaltung als Nachbarin zur Bauverhandlung geladen werden wird. Ob eine gesonderte Stellungnahme der Schutzwasserwirtschaft aus Sicht der Bezirkshauptmannschaft erforderlich ist, wird noch abgeklärt und in der Gemeindevertretungssitzung darüber berichtet.

Es kann daher der Gemeindevertretung das Ansuchen um Einzelbewilligung gemäß § 46 ROG 2009 zur Errichtung einer Böschungssicherung auf der Liegenschaft Uferstraße 41, Parzellen 814/14, 814/15 und 1316 KG Oberndorf, zur Beschlussfassung vorgelegt werden.“

GV Thür erkundigt sich nach den Stellungnahmen der Anrainer.

Dipl.-Ing. Müller informiert wie folgt: Anrainer sind das Land Salzburg, hier sind Auflagen aus dem Naturschutz zu berücksichtigen, weiters die Republik Österreich (Öffentliches Gut Oichten), welche keine Einwendungen hat aber auf die Schutzwasserwirtschaft verweist. Mit der Bezirkshauptmannschaft Salzburg-Umgebung wurde abgesprochen, dass keine zusätzliche Stellungnahme der Schutzwasserwirtschaft notwendig ist.

1. Vizebgm. Mayrhofer: Wie schnell kann begonnen werden?

Dipl.-Ing. Müller: Seitens der Bezirkshauptmannschaft Salzburg-Umgebung wurde uns zugesagt, dass – sobald die Unterlagen vorliegen – diese so schnell wie möglich einer Erledigung zugeführt werden. Parallel dazu haben wir bereits für 19. Oktober 2016 eine Bauverhandlung ausgeschrieben. Sobald die Rückmeldung der Bezirkshauptmannschaft Salzburg-Umgebung eintrifft, kann die Bewilligung erteilt werden. Die Dringlichkeit ist auch deshalb gegeben, weil die Baumaßnahme außerhalb der Vogelbrutzeit (Oktober bis Februar) erfolgen muss.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, die Einzelbewilligung zur Errichtung einer Böschungssicherung auf Liegenschaft Uferstraße 41 (Fam. Stampfer), Parzellen 814/14, 814/15 und 1316 KG Oberndorf, auf Basis des vorliegenden Amtsberichtes gemäß § 46 ROG 2009 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (19 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

11. Kaufanbot GP 621/1 EZ 214 KG Oberndorf (Franz Wolf)

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Durch Herrn Franz Wolf als Eigentümer der Liegenschaft EZ 214 KG Oberndorf mit den darin vorgetragenen Grundstücken 582/1 und 621/1 wurde mit 16.09.2016 ein Kaufanbot für das Grundstück 621/1 im grundbücherlichen Ausmaß von 9.799 m² an die Stadtgemeinde Oberndorf vorgelegt. Das kaufgegenständliche Grundstück ist derzeit im Flächenwidmungsplan der Stadtgemeinde als Grünland mit der Kategorie Sportanlagen (GSP) ausgewiesen.

Der Kaufpreis beträgt € 60,-/m². Das ergibt bei einer Grundstücksfläche von 9.799 m² einen Betrag von € 587.940,-. Sollte im Falle des Zustandekommens des Kaufvertrages der Kaufgegenstand oder Teile des Kaufgegenstandes in den nächsten 20 Jahren ab Rechtswirksamkeit des Kaufvertrages in Bauland umgewidmet werden, verpflichtet sich die kaufende Partei der verkaufenden Partei innerhalb von drei Monaten nach Umwidmung einen zusätzlichen Geldbetrag für die umgewidmete Fläche ohne weitere Gegenleistungen zu leisten. Die Höhe des zusätzlich zu leistenden Geldbetrages wird zum Zeitpunkt der rechtskräftigen Umwidmung wie folgt ermittelt: Umgewidmete Fläche in m² mal 50 % des Baulandpreises je m² ergibt den zusätzlichen Geldbetrag. Der Baulandpreis wird durch einen von der verkaufenden Partei beauftragten unabhängigen, beeideten und gerichtlich zertifizierten Sachverständigen ermittelt.

Als aufschiebende Bedingungen sind der rechtskräftige und rechtswirksame Flächenwidmungsplan der Stadtgemeinde Oberndorf, in welchem das Grundstück 582/1 EZ 214 KG Oberndorf als Bauland mit der Widmung „Kerngebiet“ oder „erweitertes Wohngebiet“ ohne Widmungseinschränkung ausgewiesen ist, sowie die bauliche Ausnutzbarkeit mit einer GFZ von zumindest 0,65 festgehalten. Die verkaufende Partei ist berechtigt vom Vertrag zurückzutreten, wenn fünf Jahre nach Vertragsabschluss die als aufschiebende Bedingung vorgesehene Umwidmung nicht rechtskräftig und rechtswirksam vorliegen sollte.

Über die Nutzung der Grundstücke 621/1 und 582/1 besteht derzeit ein befristeter Nutzungsvertrag. Dieser endet mit 31.12.2017. Mit formell rechtswirksamem Abschluss des grundbuchsfähigen Kaufvertrages verlängert sich dieses Nutzungsverhältnis automatisch um zwei Jahre. Nach Rechtskraft des grundbuchsfähigen Kaufvertrages kann die kaufende Partei eine weitere Verlängerung des Nutzungsverhältnisses über das Grundstück 582/1 um weitere zwei Jahre verlangen. Für den Verlängerungszeitraum wird der jährliche Zins pro m² Fläche mit € 1,- festgesetzt, wertgesichert auf Basis des VPI 2015. Sämtliche andere Bestimmungen des Nutzungsvertrages bleiben weiterhin bestehen bzw. nach Rechtskraft des Vertrages eingeschränkt auf das Grundstück 582/1. Im Fall, dass dieses Angebot keine Zustimmung findet, geht die verkaufende Partei davon aus, dass kein neuerliches Nutzungsverhältnis zustande kommt und somit das Vertragsverhältnis mit 31.12.2017 endet und die Liegenschaften vertragskonform zu übergeben sind. Die Kosten zur Errichtung des Vertrages inkl. aller notwendigen sonstigen Maßnahmen trägt die kaufende Partei.

Die verkaufende Partei bleibt der kaufenden Partei mit diesem Angebot bis 31.10.2016 im Wort. Das Kaufanbot liegt in vollem Umfang im Fraktionsordner auf.“

Bürgermeister: Das Thema ist allen bekannt. Vertragsende ist der 31.12.2017. Herr Wolf würde um weitere vier Jahre verlängern, wenn er den „Hauptplatz“ in Bauland umgewidmet bekäme. Es hat viele Verhandlungen gegeben. Er ist bereit, die Fläche des Trainingsplatzes, der Eisschützen und den Teil des 3. Tennisplatzes (gesamt 9.799 m²) der Stadtgemeinde zu verkaufen. Sein Angebot hat er abhängig gemacht von der Umsetzung des seinerzeitigen Modells „Oberndorf-Mitte“ (€ 60,-/m²). Es gab eine Bebauungsstudie und einen Architektenwettbewerb. Die Bebauungsdichte im hinteren Bereich wurde mit 0,65 festgelegt, das ist im Vertrag enthalten. Die angebotene 4-jährige Pachtverlängerung soll der Errichtung eines

neuen Fußballplatzes dienen. Der Pachtzins für diesen innerstädtischen Bereich soll € 1,--/m² betragen. Grundlage für den weiteren Verkauf ist die Umsetzung der Transaktion innerhalb von fünf Jahren, somit muss das Projekt sofort in Angriff genommen werden. Wenn keine Umsetzung erfolgt, ist die Liegenschaft Wolf zum Pachtabschluss 31.12.2017 zu räumen. Im Spätherbst müssten die Rückbauarbeiten für beide Plätze begonnen werden. Ein Kauf würde den Verbleib des ECO und des 3. Tennisplatzes beinhalten. Es war ja Wunsch, dass die Eisschützen an diesem Ort verbleiben können. Sollte sich innerhalb von 20 Jahren ergeben, dass der ECO sich auflöst und eine Umwidmung in Bauland stattfindet, würde sich Herr Wolf eine Mitpartizipation von 50 % erwarten. Wir brauchen auch noch Freiflächen für die Jugend in diesem Bereich und würden gerne eine gewisse „Parkgestaltung“ vornehmen.

1. Vizebgm. Mayrhofer hält fest, dass sie am gestrigen Tag mit Stadtrat Danner beim Bürgermeister vorgesprochen habe um den Punkt von der Tagesordnung zu nehmen, was jedoch nicht gewollt war. Grund für den Absetzungswunsch: Das Angebot von Franz Wolf ist aus Sicht der ÖVP-Fraktion keine Lösung für den OSK sondern nur für den ECO – und auch hier teuer erkaufte. Der Platz hat keine lange Zukunft wegen der dichten Verbauung. Zu den Tennisplätzen: Es gibt hier auch das Projekt „Hiaslbauer – Gugg“. In den letzten Tagen hat sich eine gute Realisierungschance ergeben. Unserer Meinung nach eine gute Lösung für alle drei Vereine. Es gäbe auch noch Freiflächen, wenn man sich mit Herrn Wolf nicht entsprechend einigen kann (z. B. Nutzung für Kindergärten etc.).

Zum neuen Sportgelände im Bereich Hiaslbauer und Gugg: Das ist eine einmalige Chance für ein ordentliches Sportzentrum für alle, auch für den ECO. Ich werde nicht nur auf die Eisstochschützen schauen. Ich kenne die Strukturen eures Vereins und kenne (*zum Publikum gerichtet*) auch euere Bedenken. Doch ich traue mich aus meinen Vergleichsmöglichkeiten, die ich habe, zu sagen, eine Übersiedelung auf eine solche Sportfläche ist eine gute Lösung für den ECO. Es gab auch die Variante „Pabing“. Aktuell hat sich ergeben, dass alle Fraktionen der Gemeindevertretung Nußdorf dort in ihrem Gewerbegebiet ein Sportzentrum ablehnen.

Weiters: Die Neubauten Oberndorf-Mitte wurden bereits auf umgewidmetem Gebiet errichtet, was dem Herrn Wolf schon erhebliche Einnahmen gebracht hat. Übrigens gibt es in diesen Neubauten Nässe im Keller. Der Einzug war für November 2016 geplant und wurde jetzt wegen des Wasserproblems auf Februar 2017 verschoben. Auch bei den Bestandsobjekten der Nachbarschaft gibt es Wasserprobleme, die es vor der Bebauung nicht gab. Für uns ist unter dem Aspekt des Wasserproblems und ohne dass man Erfahrung sammeln kann, eine Umwidmung des Sportplatzes mit einer groben Fahrlässigkeit verbunden, weil es Auswirkungen auf das gesamte Gebiet hat. Das sind die wichtigsten Fakten für die Argumentation, die nachvollziehbar sind. Wir als ÖVP werden dem Kaufangebot von Herrn Wolf – es war für mich wie ein Erpresserschreiben, Wolf hat keinen Anspruch darauf, es obliegt der Gemeinde und ich halte es für unverschämt – nicht zustimmen. Das ist keine Umgangsform mit einer Gemeinde, wenn man Grünland besitzt. 1998 wurde das Räumliche Entwicklungskonzept mit allen Fraktionen und Grundbesitzern überarbeitet. Bei diesen Verhandlungen wurde festgeschrieben: Auch wenn andere Sportflächen gefunden werden, wird dieses Gebiet eine Grünfläche bleiben. Er konnte davon ausgehen, dass er kein Bauland sondern Grünfläche besitzen wird. Dass er es nicht mehr verpachten möchte heißt nicht, dass er dann Bauland erhalten kann. Ich denke und hoffe, dass in dieser Form unsere Argumente verständlich werden und bin froh, dass so viele Zuhörer heute hier sind. Ich bin der Meinung, dass wir das gemeinsame Ziel eines Sportzentrums an der genannten Stelle verfolgen sollten. Es muss unser gemeinsames Ziel sein, ein Sportzentrum zu einem sehr vernünftigen Preis mit einer vernünftigen Vertragslaufzeit zu haben. Ich hoffe, dass meine Argumente verstanden wurden.

Stadtrat Innerkofler zu 1. Vizebgm. Mayrhofer: Du sagst, du kannst dir die Bebauungsdichte nicht vorstellen – vor kurzem hast du noch gesagt, eine Dichte von 0,6 kannst du dir vorstellen.

len. Das ist ein Sinneswandel. Und dass nur der ECO profitiert, das ist Unsinn. Der Bürgermeister kämpft seit Jahren für ein Sportzentrum, seine Vorschläge wurden nie angenommen. ÖVP und OSK haben gesagt, es interessiert sie überhaupt nicht, über Pabing zu reden. Im Herbst nächsten Jahres müssen wir mit dem Abriss beginnen. Wir haben noch nicht einmal eine Ersatzsportfläche zur Verfügung. Ein Umwidmungsverfahren dauert mindestens eineinhalb bis zwei Jahre. Der OSK wird also – wenn wir heute nicht beschließen – nicht mehr spielen können und ein oder zwei Jahre wo anders spielen bzw. einen neuen Spielplatz brauchen. Mitverantwortlich dafür seid auch ihr und der OSK, denn man hat immer hinausgezögert, man hat sich das vom Bürgermeister vorgeschlagene Projekt nicht einmal angehört. Wenn ich nun noch die Argumentation höre bezüglich Wasser usw., dann können wir in Zukunft überhaupt keine Bebauung mehr machen. Die Raumordnung sagt, Zersiedelung ist nicht gewünscht, dann werden wir zukünftig keine Wohnungen mehr für unsere jungen Mitmenschen haben.

1. Vizebgm. Mayrhofer: Mein Sinneswandel hat sich ergeben aus der Begründung, die ich vorhin genannt habe. Dass wir den Standort Pabing hinausgezögert haben, dazu stehe ich. Ich wusste jedoch nicht, dass es den Beschluss der Gemeinde Nußdorf gibt. Seit ca. einem halben Jahr etwa weiß ich erst, dass es diesen seit 2014 gibt.

Stadtrat Danner: Der OSK hat nie gesagt, dort nicht hinaus zu wollen. Der OSK hat gesagt, der Platz ist wegen der Hochwassergefahr nicht ideal. Ich persönlich habe heute erst erfahren, dass es den Beschluss von Nußdorf seit 15.11.2014 gibt. Wenn die Gemeinde Oberndorf in Nußdorf ein Sportzentrum plant, wäre es sinnvoll, mit Nußdorf zu sprechen. Wenn die es schon vor zwei Jahren beschlossen haben, hätten wir uns die Diskussionen ersparen können. Das war ein Beschluss aller Fraktionen und nicht auf unseren Zuruf hin.

Zur Grundfläche „Hiaslbauer – Gugg“: Das ist eine einmalige Chance, die wir in den nächsten 50 Jahren haben werden. Zum ersten Mal gibt es eine Möglichkeit, auf Augenhöhe mit den Grundbesitzern zu verhandeln. Ich weiß, dass ein Raumordnungsverfahren lange dauert. Fakt ist: Man könnte bei gutem Willen innerhalb eines Monats eine Grundsatzmeinung einholen, d. h. eine Besprechung mit LH-Stv. Dr. Rössler, Mag. Weissenböck usw. führen, um die Grundstimmung zu erfahren. Wenn die Grundsatzmeinung besagt, man kann sich das unter bestimmten Voraussetzungen vorstellen, könnte man mit den Grundeigentümern eine Absichtserklärung unterschreiben.

Zu Pabing: Es gab die verschiedensten Bedenken von Anrainern. Fakt ist: Es dürfte doch massive Auswirkungen auf den Grundwasserspiegel und die Oberflächenwässer haben. Bevor man über eine Umwidmung nachdenken kann, braucht man ein entsprechendes Projekt, wie man das Wasser weg bringt.

GV Thür: Anfang 2014 waren in der Wahlwerbung der SPÖ der Sportplatz und der SPAR Ziegelhaiden. Beides ist noch nicht umgesetzt. Jetzt sind wir in der Situation, und das ist Erpressung, wenn wir das eine Grundstück kaufen wollen, müssen wir das andere umwidmen. Es gilt das REK 1998, das eine Grünspanne vorsieht. Diesen Status quo sollten wir beibehalten. Ich kann so einer Erpressung niemals zustimmen.

Stadtrat Innerkofler: Die SPÖ war immer bereit, über eure Projekte zu sprechen, was euererseits nie so war. Der Bürgermeister versucht schon wesentlich länger als seit 2014 einen Fußballplatz zu bekommen und er muss das jetzt auf die Reihe bringen.

Bürgermeister Schröder unterbricht die heftige Diskussion zwischen den Stadträten Danner und Innerkofler und verliest folgenden Text aus der Niederschrift der Gemeindeklausur von Nußdorf vom 15.11.2014, welchen Bürgermeister Ganisl auf seine Anfrage gestern der Stadtgemeinde Oberndorf per Mail hat zukommen lassen:

„Dr. Hanspeter Schmalzl von der Fa. Regiofin hat im Namen der Gemeinde Oberndorf einen Vorschlag für die Errichtung einer Sportanlage für die Gemeinde Oberndorf erstellt. Als mögliche Standort-

te sind Pabing und Lukasedt im Gespräch. Es gibt auch Ideen der Landessportorganisation, eine Außenstelle von RIF in Hallein beim Standort Pabing zu etablieren. Als Betreiber sollte ein privater Investor auftreten. Eine Sportanlage mit Fußballplätzen alleine wäre für Oberndorf auch in der eigenen Gemeinde oder in Lukasedt möglich. Der Standort in Pabing widerspricht den Entwicklungszielen des örtlichen REK, da in diesem Bereich eine Gewerbenutzung vorgesehen ist. Weiters müsste durch das Gewerbegebiet zugefahren werden, wobei ein Nutzungskonflikt mit dem Gewerbeverkehr vorprogrammiert wäre. Um zu einer Sonderflächenausweisung zu kommen, wäre eine Abänderung des REK im Bereich Pabing notwendig. Auch in Lukasedt wäre eine Gewerbegebietsausweisung mit den Entwicklungszielen der Gemeinde besser vereinbar. Die Gemeindevertretung steht einer Abänderung des REK negativ gegenüber und lehnt die Errichtung einer Sportstätte sowohl in Pabing als auch in Lukasedt ab.“

In seinem Mail hält Bürgermeister Ganisl dezidiert fest: „Die von dir damals mit dem möglichen Investor Herrn Schmalzl vorgelegten angedachten Planungen einer überregionalen Sportanlage mit Einbindung des Landessportzentrum Rif sind mit unserem REK nicht vereinbar. Auch das zusätzliche Verkehrsaufkommen in der Gewerbezone Weitwörth ist nicht im Sinne der dortigen Widmung.“

Bürgermeister Schröder hält dazu fest: Von dieser dezidierten Haltung der Gemeinde Nußdorf habe ich erstmals gestern von Sabine Mayrhofer gehört, daraufhin habe ich eine Mail an Bürgermeister Ganisl gesandt. Er hätte das eigentlich auch mir sagen können. Bloss weil er seine Meinung geändert hat, weil er damals in Anwesenheit von Dr. Schmalzl und mir gesagt hat, er könne sich das vorstellen, mich nicht zu informieren – das wäre auch anders gegangen. Was auch bemerkt sei: Herr Auersperg dürfte ebenfalls nichts davon wissen – er kann befragt werden, denn er hat mich vergangenen Samstag gefragt, wie es denn aussieht, wie die Intention von Oberndorf sei. Ich habe ihm geantwortet, die Option Pabing gäbe es für mich, wenn ich keinen anderen Plan finde. Auch Herr Auersperg ist noch der Meinung, dass eine REK-Abänderung in Nußdorf möglich ist. Doch wir reden heute nicht über Pabing und nicht über eine mögliche Sportfläche in Oberndorf. Wir sind derzeit in Verhandlungen, damit wir raumordnungsmäßig etwas einleiten. Wir haben besprochen, dass eine Umwidmung möglich wäre. Ich habe immer gesagt, rein finanziell gesehen, dass geprüft werden muss. Derzeit sieht es so aus, als ginge der Weg Richtung Lindach.

Die Situation im Bereich des derzeitigen Fußballplatzes ist die von mir beschriebene. Wir wollen alle nicht, dass der ECO abwandern muss und der 3. Tennisplatz wegfällt. Ich bin erstaunt, dass auch auf dem Hartplatz, der auf Wolf-Grund ist, keine Bebauung mehr sein soll. Ich wundere mich auch über die Aussagen betreffend „Wasser“ im Bereich Oberndorf-Mitte, auch bezüglich der privaten Anrainerliegenschaften auf der gegenüberliegenden Straßenseite.

Dr. Schäffer verliest zu diesem Thema ein Schreiben der Genossenschaft „die salzburg“, in dem die Gründe für die Verschiebung des Übergabetermins wie folgt genannt werden:

„Die Generalunternehmerausschreibung erfolgte im Herbst/Winter 2014. Diese Ausschreibung sah einen Baubeginn im April 2015 und eine Baufertigstellung mit Mai 2017 vor. Bei den Vergabegesprächen mit dem Generalunternehmer im April 2015 wurde auf Wunsch des Generalunternehmers der Übergabetermin auf November 2016 vorverlegt. Da die Erfahrungen der letzten Jahre zeigten, dass die Winter immer sehr mild waren, wurde von der Genossenschaft diesem Wunsch entsprochen, jedoch mit einem Passus im Vertrag, dass die Übergabe, sollte dies die Witterung erfordern, auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden kann.

In unseren Verkaufsunterlagen wurden die zukünftigen Eigentümer und Mieter über einen geplanten/voraussichtlichen Übergabetermin im November 2016 informiert. Auf Grund des milden Winters 2015/16 sollte dieser Termin auch realistisch machbar sein. Da der Sommer 2016 jedoch extrem feucht und regnerisch war, mussten wir im Juli den geplanten Übergabetermin November 2016 zum Wohle der zukünftigen Bewohner neu überdenken (siehe dazu auch das Schreiben des Generalunternehmers). Die Gründe, die dazu führten, darf ich Ihnen nachstehend kurz erklären:

- Durch die feuchte Witterung im Sommer kam es im Bereich der Kellerwände und Kellerböden zu einem extremen Sommerkondensat. Messungen ergaben im Kellergeschoss fast 100 % und in den Wohnungen bis zu 80 % Luftfeuchtigkeit.
- Durch die Durchfeuchtung des Kellergeschosses konnten keine Estriche und Stromverteiler eingebaut und die Malerarbeiten sowie die Verfließung nicht durchgeführt werden.

- *Der Generalunternehmer hat daraufhin die Austrocknung des Kondensates in den Kellergeschossen veranlasst. Hierbei muss festgehalten werden, dass es zu keiner Zeit zu einem Wassereintritt von außen kam, sondern es sich nur um Kondensat handelte. Es ist auch noch anzumerken, dass die ersten Wohnungen ab 3. Oktober bereits beheizt werden, um ein permanentes Raumklima zu erzeugen.*

Aus diesen Gründen hat die Genossenschaft „die salzburg“ gemeinsam mit dem Generalunternehmer die Übergabe zum Wohle der zukünftigen Bewohner auf 24. Februar 2017 verschoben.“

Dipl.-Ing. Müller erklärt: Beim Bauvorhaben Oberndorf-Mitte werden die anfallenden Oberflächenwässer in Sickerschächte mit einem ausreichenden Stauvolumen eingeleitet. Eine Prüfung hat ergeben, dass sickertfähiges Material vorhanden ist. Der Abstand zum Grundwasserkörper ist wie bisher ausreichend. Zu den Anrainern: Im Sommer hat es einige diesbezügliche Erhebungen gegeben, es wurden auch die Regenwasserkanäle des Reinhaltverbandes Oberndorf und Umgebung geprüft. Diese sind in Ordnung. Es wurde eine Künette der Salzburg AG gegraben, die Wasserleitung wurde verlegt. Es wurde befürchtet, dass hier Wasser eindringt. Die Künette wurde mit einem Lehmschlag entsprechend verschlossen. Derzeit lässt sich nicht sicher sagen, woher das Wasser stammt. Man muss sich die Hausleitung des privaten Eigentümers ansehen, das sind alte Betonrohre, vielleicht kommt es von dort. Nach jetziger Information kommt es jedenfalls nicht von Oberndorf-Mitte.

Bürgermeister: Im Bereich des „Hauptplatzes“ müsste bei einer Bebauung geprüft werden, ob das Wasser hier versickern kann oder ob es abgeleitet werden muss. Es gibt eine Aussage von Landesrat Dr. Schwaiger, der meint, man sollte den innerstädtischen Bereich verdichten und dazu die Baulücken verwenden. Zuerst konnte man sich eine Bebauungsdichte von 0,5 vorstellen – jetzt plötzlich nicht mehr. Das ist für jede Bebauung in Oberndorf prekär. Der OSK hat nie gesagt „wir gehen nicht hinaus“, doch es gab massive Widerstände. Ein paar Tage vor der Wahl 2014 hat die ÖVP einen Fussballplatz in Lukasedt aus dem Hut gezaubert, das hat sich auch zerschlagen. Auch eine Fläche in Göming war offensichtlich ein Gerücht.

Zur Aussage von Stadtrat Danner bezüglich der Dauer der Raumordnungsverfahren, mit etwas gutem Willen der Landesregierung würde es für einen Sportplatz sicherlich schneller gehen als bei der Bauland-Umwidmung im Ortskern, sei festgestellt: Auch hier gibt es Fristen und es ist mit mindestens einem bis eineinhalb Jahren zu rechnen. Zur möglichen Umwidmung des Fußballplatzes: Wir haben kürzlich den Beschluss gefasst, das REK zu überarbeiten. Ich betone nochmals: Es wurde alleine mit dem Architektenwettbewerb in Aussicht gestellt, das Grundstück von Herrn Wolf zu bebauen.

Dipl.-Ing. Müller: Es wurde in der Gemeindevertretung beschlossen, das Räumliche Entwicklungskonzept zu überarbeiten. Wir wollen noch zuwarten, bis die Novelle des Raumordnungsgesetzes vorliegt. Ein sofortiger Start macht aus heutiger Sicht keinen Sinn. Die ROG-Novelle wird vielleicht Anfang 2017 vorliegen. Ein bis zwei Jahre dauert so eine Überarbeitung des REK (richtet sich nach den Bestimmungen des neuen ROG). Ein Teilabänderungsverfahren des Flächenwidmungsplanes dauert etwa bis zu einem Jahr. Das Sportplatz-Thema ist auch keine einfache Sache (Nachbargemeinde, Schallschutz etc.).

2. Vizebgm. Feichtner: Heute geht es in erster Linie um das Kaufangebot von Herrn Wolf, welches er uns am 24.06.2016 vorgelegt hat. Nachbesserungen wurden vom Bürgermeister verhandelt. Mir geht es darum, dass wir dort den Grund günstig kaufen können, damit unsere Jugend spielen und der Eisschützen-Club bleiben kann. Wir haben ohnehin wenig Platz. Ich sehe kein Problem, wenn eine Bebauung in leichter Bauweise stattfindet und ich halte den Preis von € 60,-- pro m² in dieser Lage nicht für hoch. Zur Erinnerung: Der Grünlandpreis bei der Stadthalle lag damals bei € 176,--.

Bürgermeister: Das war damals nicht im Wissen, dass es Bauland ist, weil dort unterirdisch eine Baumaßnahme gesetzt wurde, die vom Grundstücksbesitzer nicht bewilligt war. Somit

war es ein Schwarzbau, der zu bereinigen war. Wir mussten schnell handeln. Und völlig korrekter Weise ist dann die Umwidmung erfolgt.

GV Hagmüller: Wie groß ist die Fläche des ECO und des Tennisvereins? Warum kauft man nicht diese zuerst einmal?

Bürgermeister: Die Größenfrage kann ich nicht beantworten, möglicherweise 1.000 m². Ich habe in den vergangenen drei Jahren versucht zu erklären, dass Herr Wolf eine Gesamtlösung haben will. Herr Wolf sagt, er verlängert nicht mehr und am 31.12.17 müssen ECO und OSK abwandern. Für diese Aussage gibt es Zeugen. Ab diesem Zeitpunkt habe ich mit ihm verhandelt, damit wir ein Grundstück in der Ortsmitte zu einem günstigen Preis bekommen. Sollte irgendwann in der Zukunft eine Gemeindevertretung der Meinung sein, sie wolle bebauen, kann Franz Wolf innerhalb von 20 Jahren 50 % des Grundstückspreises verlangen. Wir brauchen in diesem Bereich eine Freifläche und es ist am besten, wenn sie im Besitz der Stadtgemeinde ist. Die Gemeindevertretung hat ja beschlossen, das REK abzuändern. Das Land unterstützt dies, denn eine innerstädtische Verdichtung ist im Sinne des Landes. € 60,-- ist ein sehr guter Preis für uns. Bei Grundstückstransaktionen ist es üblich, einen Teil umzuwidmen und dafür einen Teil zu einem günstigen Preis zu kaufen. Ich hoffe nicht, Herr Wolf liest im Internet die Aussagen von Erpressungsschreibern etc.. Bisher hat Herr Wolf sehr günstig der Gemeinde Flächen zur Verfügung gestellt. Jetzt nach über 50 Jahren zu sagen, die Forderung sei erpresserisch, das halte ich für bedenklich.

Seit 2004 diskutieren wir angestrengt dieses Thema, 2013 habe ich Vorschläge unterbreitet – und jetzt diskutieren wir noch immer. Diskutiert wird übrigens insgesamt seit 30 Jahren und es gab keine Lösung. Jetzt hätte ich eine Lösung. Und zu den Eisschützen zu sagen, ihr geht auch dorthin zum neuen Sportplatz, ist nicht in Ordnung. Ihr habt meinen einstigen Vorschlag, alle Vereine an einer Stelle unterzubringen, nicht unterstützt. Jetzt haben wir einen anderen Vorschlag und der ist eine gute Lösung. Wir drehen uns ständig im Kreis. Aber wenn ihr nicht zustimmt, kann ich nichts machen. Ich wollte einmal für den OSK die Hochradl-Wiese. Frau Frey meinte, es wäre Verrat an ihrem Vater, denn er hatte viele Probleme mit dem OSK.

Wir reden heute für den OSK. Ich bin mit drei Landwirten in Verhandlungen, zwei sind davon direkt betroffen – und ich habe eine Lösung gefunden mit allem Für und Wider. Vielleicht kommen wir zu einem Abschluss. Und ich verstehe das Angebot von Franz Wolf – wie bereits gesagt – nicht als Erpressungsversuch sondern als korrektes Angebot an die Stadtgemeinde Oberndorf!

Stadträtin Glier: Auch ich habe mir gedacht, warum lässt sich die Gemeinde von einem Grundstücksbesitzer erpressen? Ich habe das damals so gelesen. Eine so extrem dichte Bebauung ist eine Einschränkung der Lebensqualität in Oberndorf. Man sollte das Umwidmungsszenario hinausziehen und sich die Infrastruktur genau ansehen, ob es nicht zu viel wird. Mich stört, dass wir bis dato für Oberndorf kein Verkehrskonzept haben. Ich kann der ganzen Sache nicht zustimmen, denn mir geht es um die Lebensqualität der Oberndorfer in der Zukunft und Grund wird in der Zukunft sicher mehr wert und nicht weniger.

Bürgermeister zu Stadträtin Glier: Bei aller Wertschätzung deiner Person gegenüber nehme ich somit zur Kenntnis, dass ich mit € 60,-- schlecht verhandelt habe. Zum Verkehrskonzept: Wir haben uns in einigen Arbeitsgruppensitzungen darüber unterhalten. Es gibt die verschiedensten Vorschläge wie 30 km/h-Beschränkung im gesamten Stadtgebiet, Parkraumbewirtschaftung etc.. Eine Entlastung wird es jedoch nur geben, wenn es einen zweiten Brückenstandort gibt, verbunden mit Baumaßnahmen, die den Durchzugsverkehr etwas reduzieren.

Wir haben mit den drei Landwirten eine Besprechung gehabt. Darin wurden Wünsche hinsichtlich Flächenwidmungsabänderungen geäußert. Dies wird sicherlich nicht in einem Dreivierteljahr zu bewältigen sein. Bei diesem Gespräch war auch Ing. Hannes Bruckmoser anwesend, der dies bestätigen kann.

Stadtrat Mag.(FH) Danner zur „Wassersituation“: Es stimmt, das Wasser steht auf unseren lehmigen Wiesen, die wenig Versickerung zulassen. Mein Glaube an die sog. „Fachleute“ – und hier geht es nicht um Herrn Dipl.-Ing. Müller, ist sehr stark angeschlagen. Sie tun sich z. B. äußerst schwer, Ereignisse vorherzusagen. Zum Thema „Preis“: Natürlich kann man diskutieren, ob € 60,-- günstig ist oder nicht für Grünland mit der Bedingung „wird nie umgewidmet“, wenn doch, dann Nachzahlung. Dieses Geschäft hat noch eine 2. Seite: beim jetzt aktuellen Preis für Grünland hat das auch Gültigkeit für den Sportplatz. Da kommen wir auf € 900.000,-- für rund 15.000 m², mit einem Federstrick erhöhen wir diesen Wert auf 4,5 Mio. oder noch mehr (wenn man mit z. B. mit € 300,-- multipliziert). Man muss schon relativieren, ob günstig oder nicht.

Zum Sportplatz für den OSK: Die Aussagen, dass der OSK den Platz dort nicht haben will, hat es nie gegeben, nur dass es die letzte mögliche Variante ist. *Zum Bürgermeister gerichtet:* Ich persönlich habe dir, Peter, nie vorgeworfen, dass du keinen Grund für den Sportplatz findest. Du und auch deine Vorgänger, ihr habt euch immer bemüht und es ist eben nie gelungen. Mein Appell an dich, abgesehen vom heutigen Thema: wir müssen gemeinsam mit Nachdruck eine Lösung „Gugg – Hiaslbauer“ zustande bringen. Die Erreichbarkeit ist ausgezeichnet, diese Gelegenheit ist ein Lotto-Jackpot für mich.

GV Strobl: Wir diskutieren seit Jahren, das Konzept steht schon länger. Wir Grünen begrüßen es, dass wir den Sportplatz aus dem Zentrum hinausbringen und Eisschützen und Tennisverein an ihrem Standort bleiben. Zur Aussage „Erpressung durch Franz Wolf“, das finde ich auch unverschämt. Wenn jemand eine Immobilie hat, dann steigt auch die im Laufe der Jahre. Herr Wolf hat immer wieder verlängert. Ich denke, es ist das Recht von Herrn Wolf. Was das Wasser betrifft, kenne ich mich nicht aus. Zur Lebensqualität: Der letzte sinnvolle gemeinsame Beschluss von ÖVP und SPÖ (unter LH Mag. Gabi Burgstaller) war, dass wir nicht alles im Grünen bauen sondern im Ort sinnvoll verdichten. Es hängt doch mit Bequemlichkeit zusammen, denn jede 2. Autofahrt ist umsonst. Zu den Sportstätten: Mein Favorit war der Dichtlbauer-Grund. Beim Gugg kann ich es mir nicht vorstellen. Es müssen 3.000 m² Wald gerodet werden für Parkplätze, weil 90 % der Leute mit dem Auto zum Fussballspiel fahren, Leitungsbau etc. muss vorgenommen werden; ich halte es für einen Wahnsinn, dass so viel Wald weg muss.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: 2014 hat Nußdorf beschlossen, dass der Standort nicht in Frage kommt.

GV Strobl: Ich finde es von Bürgermeister Ganisl nicht in Ordnung, dass er nichts von dem Beschluss sagt, da muss ich ihm schon einen Vorwurf machen. Was das „Wasser-Thema“ betrifft: Die Versickerung ist sicher ein Problem, man sieht es auch beim Hofer-Parkplatz. Die Befestigung sollte nicht mehr werden, damit das Wasser abrinnen kann. *Zu Stadtrat Danner gerichtet:* Von ehemaligen Spielern des OSK und Trainern höre ich, dass es ohne dich den OSK nicht mehr gäbe. Die Frage ist auch: Wir nehmen viel Geld in die Hand und ihr steht nur mit einer halben Handvoll dahinter. Ich möchte schon, dass dies auf einer breiten Basis aufgestellt wird und nicht von ein paar einzelnen Personen.

Stadtrat Mag.(FH) Danner versichert, dass es den OSK auch nach ihm geben wird und lädt alle Gemeindevertreter ein, sich den Spielbetrieb anzusehen bzw. die Spiele zu besuchen. In der Kampfmannschaft sind wir übrigens nahe an einer Idealvorstellung, von den „Eigenbau-Spielern“ wird keiner bezahlt. 80 % der Mannschaft sind sehr junge Spieler, die gratis spielen, weil es ihnen Spass macht. Der OSK ist sehr erfolgreich.

Bürgermeister: Deine Arbeit wird auch von mir geschätzt. Ich bin auch davon überzeugt, dass es immer jemanden gibt, der nachkommt. Deine mit Emotion vorgetragene Wortmeldung ist für den OSK-Obmann berechtigt. Jeder Einzelne hier schätzt auch den OSK, doch es gibt verschiedenste Interessen.

Stadtrat Innerkofler: Es ist der erste Schritt, dass der OSK weiterspielen kann, der zweite muss sofort folgen. Ich frage dich als Obmann: Hast du vorgesorgt für die Zeit, wenn es mit Franz Wolf nichts wird? Wo könnt ihr spielen?

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Es gibt mehrere Gespräche und Möglichkeiten, wahrscheinlich aufgeteilt auf zwei bis drei Standorte.

Bürgermeister: Die Verantwortung, dass der OSK für alle Kampfmannschaften eine Spielfläche hat – würdest du die alleine tragen? Kommt nicht zu mir als Bürgermeister!

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Du weißt, dass ich diese Frage nicht beantworten kann. Du hast gestern gesagt, „wenn ihr der Umwidmung nicht zustimmt, wird es keinen Sportplatz geben“. Ich lasse mich nicht erpressen, nicht als OSK-Obmann und nicht als Gemeindevertreter.

Bürgermeister: Das ist richtig, so ist es ja auch. Wir haben noch keine Vereinbarung mit den beiden Grundstückseigentümern auf der Lindach abgeschlossen. Eine Willenserklärung schließt ein Raumordnungsverfahren nicht aus.

LH-Stv. Dr. Rössler und Mag. Weissenböck waren bei mir. Ich habe ihnen auch zwei andere Umwidmungsmöglichkeiten gezeigt. Für die Landwirte ist die Umwidmung Voraussetzung. Dr. Rössler und Mag. Weissenböck haben gemeint, sie könnten sich das hier am Tisch vorstellen, dies zieht jedoch ein Verfahren nach sich und es gibt einige Abteilungen, die Stellungnahmen dazu abgeben, und diese Abteilungen haben weder Dr. Rössler noch LH Dr. Haslauer in der Hand.

GV Eder: Wir reden von einer Bebauungsdichte von 0,65 – das ist Reihenhausverbauung. Was passiert in der Übergangsphase? Wir brauchen Baupläne, Ausschreibungen etc.. Bis der Bagger kommt dauert es wahrscheinlich drei Jahre. Weiters: Wie bzw. wo spielt dann der ECO?

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Ich denke, dass Herr Wolf weiß, dass er mit Grünland nichts anfangen kann und er wird dort nicht „die Schafe weiden lassen“. Ich denke, man kann mit ihm eine sinnvolle Vereinbarung treffen.

Bürgermeister: Ich halte das für eine vermessene Aussage. Herr Wolf hat in unserer gemeinsamen Besprechung ein Angebot vorgelegt und hat zu Vizebgm. Mayrhofer gesagt, „Frau Mayrhofer, das ist mein Angebot“. Ich habe das verhandelt und das Angebot für uns verbessert. Aber er hat ganz klar gesagt, Termin ist der 31.12.2017.

1. Vizebgm. Mayrhofer: Ja, dieser Termin wurde genannt. Ich habe gesagt, ich werde ihn nochmals anrufen. Ich wollte euere Nachverhandlungen abwarten. Nach dieser Sitzung werde ich ihn anrufen und ihm alles nochmals erklären. Er hat von Beginn an von unserer Seite gemerkt, dass wir mit diesem Angebot nicht zufrieden sind. Wir hatten allerdings das Problem, dass andere Gesprächsteilnehmer dem Herrn Wolf jubelnd entgegen gingen und sich für das tolle Angebot bei ihm bedankt haben. Wie soll man da noch verhandeln?

2. Vizebgm. Feichtner: Ich habe mich bei Herrn Wolf für den günstigen Preis bedankt, dazu stehe ich. Er hat uns jahrelang einen sehr günstigen Tarif gegeben, jetzt gibt er uns in meinen Augen ein sehr gutes Angebot – dafür schäme ich mich nicht.

Bürgermeister: Ich habe nachverhandelt und das Ergebnis wurde besser.

1. Vizebgm. Mayrhofer zum Bürgermeister: Wenn du die Abstimmung verlangst, bleibt uns nur, die Sitzung zu verlassen, damit wir die Möglichkeit haben, das Thema nochmals zu dis-

kutieren, und uns nochmals Gedanken darüber zu machen. Wenn das nicht der Wille der Mehrheit ist, dann habt ihr nach der Gemeindeordnung ja die Möglichkeit, innerhalb einer Woche oder 14 Tagen darüber abzustimmen.

Bürgermeister Schröder hält fest: Die anwesenden Mitglieder der ÖVP (1. Vizebgm. Mayrhofer, Stadtrat Mag.(FH) Danner, Stadträtin Glier, GV Illinger, GV Pürcher) und GV Thür von der NOW verlassen die Sitzung. Somit sind nur mehr 13 Gemeindevertretungsmitglieder anwesend, weshalb das Gremium nicht mehr beschlussfähig ist. Damit ist die heutige Gemeindevertretungssitzung beendet.

Es können daher ein paar Dinge nicht umgesetzt werden. Für die Tagesordnungspunkte 11. – 15. wird es einen neuen Sitzungstermin geben. Es wird 12. Oktober 2016, 19.00 Uhr, Krankenhaus Oberndorf, fixiert.

Die Sitzung ist um 20.20 Uhr beendet. Die im Anschluss anberaumte Gemeindevorstandssitzung findet statt.

Die Schriftführerin:

gez. Gabriele Niederstrasser eh.

Der Vorsitzende:

gez. Bürgermeister Peter Schröder eh.

Beschlussfassungsprotokoll GV v. 28.09.16

TOP	Beschluss	erledigt am	erledigt von
2.	Protokoll 13.07.16		
5.	GOK – Bilanz 2015		
6.	OCB – Bilanz 2015		
7.	Kooperationsvereinbarung Stadt- gemeinde – TVB		
8.	BORG-Neubau – Beauftragung ausführende Gewerke		
9.	BORG-Neubau – Beauftragung Dienstleistungen		
10.	Einzelbewilligung Böschungssiche- rung Uferstraße 41		